

Scharia im Vormarsch

Großbritannien

Die Scharia klopft an die Tür Großbritanniens. Mit der Scharia würde sich dieses Land in ein Paradies des Friedens verwandeln. Wenn nur eine Hand abgeschnitten ist, wird niemand mehr stehlen. Wenn nur ein einziger Ehebrecher gesteinigt ist, wird es dieses Verbrechen nicht mehr geben,

habe der Vorsitzende eines "Islamic Sharia Council", Scheich Suhaib Hassan, im Sender "Channel 4" am Sonntag, dem 3.2.08 gesagt, berichtet der SPIEGEL v. 11.2.08.

Da hätte ja Roland Koch mit seiner Forderung nach Strafverschärfung bei gewalttätigen Jugendlichen gar nicht so danebengelegen, verehrte islamistische Volksverhetzer in Deutschland!

Wie sehr sich so manch ein "Westler" nach so einem wunderschönen, friedentiftenden System sehnt, zeigt sich am Beispiel des Erzbischofs von Canterbury Roman Williams, der sich für die Einführung der Scharia in Großbritannien ausgesprochen haben soll. Jedenfalls Muslime sollten seiner Meinung nach gewisse zivilrechtliche Angelegenheiten – Heirat, Scheidung, Streitigkeiten – von ihren religiösen Richtern regeln lassen können, und die britischen Gerichte sollten diese Richtersprüche anerkennen.

Wie Erdogan in Deutschland so löste Williams in Großbritannien das längst fällige laute Nachdenken aus:

Britisches Recht muß auf britischen Werten basieren,

nahm Premierminister Gordon Brown Stellung. Kulturminister Andy Burnham sah Williams Äußerungen als

Rezept für ein Chaos,

worin er von prominenten Muslimen bestätigt wurde.

Welch tiefer Frieden von Islamisten ausgeht, hatte schon ein paar Wochen zuvor ein anderer Bischof der anglikanischen Kirche, Michael Nazir-Ali – gebürtig in Pakistan -, gekennzeichnet:

Islamische Extremisten hätten Teile des Landes in "No-go-Zonen" verwandelt – in Gebiete, in denen es für Nichtmuslime immer schwieriger werde, zu leben oder zu arbeiten,

so der SPIEGEL. Es gäbe bereits im ganzen Land "Scharia-Räte", und 40 Prozent der Muslime in Großbritannien forderten, die Scharia in ihren Wohngebieten anwenden zu dürfen.

Lange geschlafen hatte die britische Öffentlichkeit. Nun ist das Entsetzen groß, und die britische "Mehrheitsgesellschaft" befindet sich "in einer der hysterischsten Debatten" über ihr Verhältnis zu den 1,7 Millionen Muslimen in ihrem Land.

Brown will nun

ein "Institute of Britishness" gründen, hat sich gegen islamische Schulen ausgesprochen und Informationspakete für Einwanderer eingeführt, in denen die britischen Werte und Gesetze betont werden.

Türkei

Das Parlament von Ankara – dominiert von Erdogans AKP – hat dafür gestimmt, die Verfassung zu ändern, um das Kopftuchverbot an türkischen Universitäten kippen zu können. Was bedeutet das Kopftuch?

Ein politisches Symbol, sagen die Einen, ein religiöses, sagen die Anderen. Die Wissenschaftlerin Muazzez Ilmiye Cig belehrt uns aber eines Besseren:

Die alten Keilschriften der Sumerer erzählen davon: Für ihre Priesterinnen waren sexuelle Rituale mit jungen Männern eine religiöse Pflicht, eine von vielen. Als Erkennungszeichen

verschleierten diese Frauen ihr Gesicht ... Ob sich ein solches Kleidungsstück, ein Sexsymbol, heute als moralische Visitenkarte eignet, müssen andere entscheiden.

Es gehe um Macht, um nichts anderes, meint die Wissenschaftlerin.

Der laizistische Staat ist ein großer Schatz für uns. Die Moschee ist offen, aber du bist frei, hineinzugehen oder nicht. Atatürk hat das am besten verstanden. Für mich war dieser Mann ein Visionär. Er hat auch prophezeit, daß es gesellschaftliche Rückschritte geben wird. In solch einer Phase befinden wir uns gerade.

Ob Atatürk diese Rückschritte auch für ganz Europa drohen sah?

Klare Worte aus Dänemark

Nachdem islamistische Mordpläne gegen den Zeichner der Mohammed-Karikaturen in den Jyllands-Posten Kurt Westergaard aufgedeckt worden sind, bringen mehrere dänische Zeitungen die aggressivste Karikatur erneut, so auch die BERLINSKE TIDENDE. Deren Chefredakteurin erklärte:

Die neue Lage mit Morddrohungen gegen einen dänischen Karikaturisten erfordert ein klares, unzweideutiges und aktives Bekenntnis dazu, daß wir in Dänemark keine Einschränkung der Meinungsfreiheit akzeptieren oder uns zu Geiseln von religiösem Fanatismus machen lassen.